

Erscheint vierzehntägig

V. b. b.

PROLETARIER ALLER LÄNDER  
VEREINIGT EUCH!

# Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

10 Nummern S 150 (inkl. Postzustellung)  
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr. 119471

(OPPOSITION)

Redaktion und Administration:  
XVI, Kirchstetterngasse 19/10, Tel. R-30-9-58

Preis 15 Groschen

MaI 1932

6. Jahrgang, Nr. 102

## Für die Verteidigung Sowjetrußlands!

Immer weiter gegen die russische Grenze rücken die japanischen Truppen. Immer weitere Truppen wirft Japan nach der Mandchurei. Aus den Waffen-, Munitions-, Rüstungsfabriken der Welt sind Sprengstoffe, Granaten, Gewehre, Maschinengewehre, Kanonen auf dem Weg nach Japan. Auch aus Oesterreich.

Da die Regierung zögerte, ließen die Generale kurzerhand den Regierungsschatz ermorden, die Regierung hinwegfegen. Durch blutigen Staatsstreich etablierten die Generale eine Regierung der offenen Militärdiktatur, die mit einigen demagogischen Erleichterungen für die Bauern und

reißen will zu jenem Blutvergießen, den der japanische Imperialismus braucht. Denn Japans Imperialisten wollen Krieg, Krieg gegen Sowjetrußland. Jetzt sehen sie den günstigsten Augenblick für sich: bevor der Aufbau in Rußland genügend weit vorgeschritten, solange die Weltkrise die anderen imperialistischen Räuber in hohem Maße hindert. Jetzt ist der Winter vorüber, Straßen und Wege der Mandchurei und Sibiriens sind wieder fahrbar, gangbar, jetzt sehen sie ihren Augenblick da zum Losschlagen.

Der Kriegsüberfall auf Sowjetrußland durch den japanischen Imperialismus ist nur noch eine Frage kurzer Zeit. Nicht um ihn zu verhindern hat Japan die Fünfmächtekonferenz nach Tokio einberufen, sondern um sich den Rücken zu decken, insbesondere gegen Amerika, um sich freie Bahn zu schaffen. Die Einigung in Tokio wird gelingen. Denn gegen Sowjetrußland sind sie einig. Differenzen haben sie nur in bezug auf ihre verschiedenen Interessen im Fernen Osten. Darüber werden sie sich einigen, vorläufig wenigstens, damit der Krieg gegen den verhaßten proletarischen Staat losgehe. Und im Westen läßt Frankreich bereits militärische Vorbereitungen treffen in Polen und Rumänien und schickt eine große Anleihe nach Japan.

Die Sozialdemokratie rollt starke Worte gegen den Krieg. Sie sollen keinen Arbeiter täuschen. Genau so haben die Herrschaften vor 1914 gerollt. Und heute? Wohin man schaut, überall treibt die Sozialdemokratie Koalitionspolitik, überall arbeitet sie zusammen mit der Bourgeoisie, in allen Ländern sucht sie das Bündnis mit der Bourgeoisie ihres Landes, überall ist das Hochziel aller ihrer Anstrengungen eine Koalitionsregierung zu bilden mit den Kapitalisten. Japan schlägt gegen die Sowjetmacht los mit Unterstützung, mit Willen der Kapitalisten aller Länder. Und mit eben diesen Kapitalisten in jedem Land wirkt die Sozialdemokratie zusammen, sucht sie die Koalition, steht sie in Koalition: die Sozialdemokratie ist kraft ihrer Grundeinstellung zur Bourgeoisie von vornherein überhaupt außerstande, irgendeinen ernstlichen Kampf gegen die

imperialistische Kriegsgefahr, gegen den imperialistischen Krieg zu führen, auch nicht gegen den japanischen Raubüberfall. Alles, was sie gegen die Räuber spricht, ist Schall und Rauch, und was sie tut, ist hohler Plunder. Täuschung, nichts als Täuschung, um die Massen desto besser hinter sich zu halten und damit hinter der Bourgeoisie.

Am deutlichsten zeigt das die japanische Sozialdemokratie. Was die Scheidemannner, was die Renaudels 1914 riefen, genau dasselbe ruft die Sozialdemokratie Japans: Burgfrieden — mit den Räubern! Fürs Vaterland — auf die imperialistische

Schuldenscheine gegen den proletarischen Staat!  
Die Kommunistische Internationale ruft die Massen auf zur Verteidigung der Sowjetmacht: **Verhindert durch revolutionäre Tätigkeit, durch Massenaktionen den Krieg gegen Sowjetrußland! Schließt euch zu gewaltigen Massendemonstrationen am 12. Juni, dem internationalen Solidaritätstag zusammen gegen den imperialistischen Krieg, für die chinesische Revolution, für die Verteidigung der Sowjetunion!** Jeder Arbeiter muß diesem Ruf folgen: im eigenen Interesse! Denn dem imperialistischen Krieg im Osten folgt in nicht langer Zeit der Ueberfall vom Westen. Wenn die Arbeiter zulassen, daß die Imperialisten Japans die japanischen Arbeiter und Bauern auf die Schlachtbank führen, so werden sie in nicht langer Zeit selbst von den Imperialisten ihres Landes neuerlich auf die Schlachtbank geführt werden gegen Sowjetrußland, gegeneinander. Jeder Arbeiter, jeder arme Bauer, jeder Werk tätige soll eingedenk sein, was ein Sturz der Sowjetmacht für alle Arbeiter, für alle armen Bauern, für alle Werk tätigen bedeuten würde! Die schwerste Niederlage der Arbeiter, der armen Bauern, der werktätigen Massen für lange Zeit hinaus! Der Krieg der japanischen Räuber geht nicht bloß auf den Raub der Ostchinabahn und Ostsibiriens mit Wladiwostok! Nein, er geht im Bündnis mit den Weltimperialisten klar und bewußt auf den Sturz der Sowjetmacht, auf den Sturz der proletarischen Macht über ein Sechstel der Erde.

Ein gewaltiger revolutionärer Massenturm muß organisiert werden! Höchster Alarm! So ruft die Presse unserer Partei und sie hat recht. Doch so richtig und wichtig es ist, sich in dieser Weise direkt an die Millionenmassen zu wenden, gerade diese Tage der akutesten Gefahr zeigen, daß die beste Propaganda, daß auch der beste propagandistische Aufruf zur Tat allein nicht genügt, um wirklich die Millionenmassen in Schwung zu bringen gegen die imperialistischen Banditen zur Verteidigung der Sowjetunion. Die Taktik der «roten» Einheitsfront versagt, versagt auch hier, wo sie am dringendsten sich bewähren müßte.

Trotz der furchtbaren Krise, trotz des entsetzlichen Elends der Massen, trotz der ungeheuer anschwellenden Erbitterung der Massen — die kommunistischen Parteien gehen zurück. Die Sozialdemokratie jubelt: das sei der beste Beweis, daß der Kommunismus für Europa, Amerika versage, erledigt sei. Gemach, ihr Herren. Nicht der Kommunismus versagt, aber seine Führung! Nicht der Kommunismus versagt, aber die Linie, auf der der Kommunismus, auf der die kommunistischen Parteien geführt werden! Nicht der Kommunismus versagt, aber der Stalinismus! Zurück zu einer Politik, die die Massen nicht abstoßt, sondern anzieht! Zurück zu einer Politik, die die kommunistischen Parteien von den Massen nicht entfernt, sondern sie ihr näher bringt! Zurück zu einer Politik, die die kommunistischen Parteien an die Massen und die Massen an die kommunistischen Parteien bringt! Mit einem Wort: zurück zur Leninschen Politik! Schluß mit der Politik des Nationalkommunismus, zurück zur Politik der internationalen Revolution! Schluß mit Stalins Politik der «roten» Einheitsfront, zurück zu Lenins Politik der proletarischen Einheitsfront! Schluß mit dem Sozialfaschismus, Schluß mit dem Programm der nationalen und sozialen Volksbefreiung, Schluß mit der Konkurrenz im Nationalismus mit den Nationalsozialisten, Schluß mit jeder Kapitulation vor dem Faschismus, Schluß mit dem Blödsinn, die Sozialdemokratie sei der Hauptfeind, vorwärts auf der ganzen Linie: öffentlich vor den gesamten Massen in allen Ländern her an die Sozialdemokratische Partei, an die von der Sozialdemokratie geführten proletarischen Massenorganisationen mit dem Kampf-

angebot der sofortigen Bildung einer

**Arbeitereinheitsfront:**

**Gegen Lohnabbau! Gegen Unterstützungsraub! Gegen den Faschismus! Gegen den imperialistischen Krieg! Für Arbeit und Brot auf Kosten der Bourgeoisie! Für die Verteidigung Sowjetrußlands!**

So muß die Kommunistische Internationale, so müssen die kommunistischen Parteien handeln, so muß die kommunistische Presse sprechen. Und all dies müssen sie verbinden mit konzentrierter Propaganda für die Rote Einheitsfront und mit wachsender Aktivität der Roten Einheitsfront, wo und in dem Maße, als die Rote Einheitsfront durch diese Leninsche Politik erstet!

Hand in Hand damit muß gehen: Die Einigung der Kommunisten selbst, die nur möglich ist auf der internationalen Linie, auf der einzigen Linie, die dem Klasseninteresse des gesamten Weltproletariats entspricht, auf Marxens und Lenins Linie! Zurückberufung der Linksoption in allen Ländern in die kommunistischen Parteien, Zurückberufung der Internationalen Linksoption in die Kommunistische Internationale!

Die Gefahr wächst von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde. Sie wird die Augen aller Arbeiter, sie wird die Augen aller Kommunisten schärfen. Aus der größten Gefahr wird die Rettung erstehen: Die Arbeitereinheitsfront und die Einigung der Kommunisten auf dem Boden Marx-Lenins. Dann wird die rote Einheitsfront erstehen und das Werk vollenden den Sieg über Faschismus, den Sieg über Sozialdemokratie, den Sieg über deren gemeinsamen Herrn, den Sieg über die Bourgeoisie!

## Donnerruf von Donawitz: Erwachtet!

Immer wütender würgt die österreichische Bourgeoisie an dem ausgemergelten Körper der österreichischen Massen. Das letzte Mark aus den Knochen wollen sie den Arbeitern, Kleinbauern, Kleinbürgern auspressen, zehntausende Arbeiter buchstäblich in den Hungertod jagen, um zu retten sich, die kapitalistischen Räuber in Oesterreich.

Der Versuch der österreichischen Kapitalisten, bei den Räubergrößen in Genf zu pumpen, ist gescheitert, weil jeder von diesen nur helfen will unter der Bedingung, daß er Oesterreich ganz in seine Hand bekommt. Statt in Auslandsvaluten wird die österreichische Bourgeoisie nun in Schillingen den Tribut aus den Massen an die Auslandskapitalisten erpressen. Auf sich selbst angewiesen, steigern die

österreichischen Räuber ihre «Selbsthilfe». Noch grausamer als bisher treiben sie ihre Offensive vor gegen die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinbauern, Kleinbürger. Neue Betriebe werden stillgelegt. Das Hüttenwerk Aumühl in Siermark, die Papierfabrik in Hallein, das Wiener Ziegelwerk und andere. Wieder fliegen zehntausende Arbeiter aufs Pflaster. Trotzdem sinkt die Zahl der Arbeitslosen — durch Aussteuern. 70.000 sind schon seit langem ausgesteuert, jetzt werden weitere Tausende in den Aussteuerungstod gejagt. Allen Arbeitslosen wollen sie Hungerunterstützung wieder kürzen. Um 12 Millionen Schilling sollen so die Arbeitslosen beraubt werden durch das «Verständigen» der Arbeitslosenversicherung. Auf der ganzen Linie ist ein neues

Raubangriff auf die Löhne im Gang, vor allem im Bergbau. Wieder sollen um 5 Prozent allen Bergarbeitern die Löhne gekürzt werden, die Akkordsätze gedrückt und die Urlaube geraubt werden. Eine neuerliche Erhöhung der Zölle soll den Massen den Brotkorb noch höher hängen. Die Sabotage der Handelsvertragsverhandlungen mit Sowjetrußland gefährdet zehntausende Arbeiter um Arbeit und Brot.

Die Bourgeoisie hat eine Rechtsregierung gebildet. Sie hat die schwarz-gelben Faschisten in die Regierung gezogen, den Heimatblock, die Heimwehr. Auf das Aufmarschverbot pfeifend, ist die Heimwehr drauf und dran, mit neuen «Aufmärschen», mit neuen Arbeitermorden. Offen verkündet die christlichsoziale Partei die Absage an die Demokratie, offen gibt sie die Losung: «Schneid, Begeisterung, Kampflust, Angriff, Durchbruch!» zur Aufrichtung der schwarz-gelben, der Habsburger-Diktatur.

Zugleich steigern die Hakenkreuzler ihren blutigen Kampf für die schwarz-weiß-rote, für die Hohenzollern-Diktatur. Beide brüllen sich heiser vor antisemitischen, antikapitalistischen Phrasen, belügen, betrügen die Massen, prügeln, hauen, stechen, schießen in die Arbeiter, um die Herrschaft und die Ausbeuterwirtschaft der Bourgeoisie auf Kosten der Massen zu retten, zu behaupten, zu sichern. Von allen Seiten prasseln die Angriffe auf Gut, Gesundheit, Leben der ausgeplünderten, hungernden Arbeiter.

Was tut die Sozialdemokratie? Sie zieht Breitner zurück. Nicht als ob Breitners System das geringste zu tun hätte mit proletarischer Politik. Er ist Vertreter jener «vernünftigen» kapitalistischen Finanzpolitik, die den Kapitalismus dadurch am besten sichern will, daß sie durch Abfälle vom Kapitalistenschicht den Ausbeuteten zu erleichtern sucht, sich mit ihrem Schicksal abzufinden. Doch so sehr in den Grundfesten hat die Krise das kapitalistische System erschüttert, daß die Kapitalisten selbst diese Abfälle nicht mehr hergeben wollen, sondern auch die zur Rettung des kapitalistischen Systems heranziehen. Darum ist die Bourgeoisie gegen Breitner. Der sozialdemokratische Lakai zieht seinen gepriesenen Breitner zurück, um dem kapitalistischen Herrn seine Dienstbereitschaft zu beweisen, um sich koalitionsfähig zu machen.

Vom dem sozialdemokratischen Lakai Hilfe gegen den kapitalistischen Herrn zu erwarten, wie lächerlich! Das fühlen immer größere Teile der Arbeiter. Alle Schlauchheiten, aller Eiertanz, aller Wortradikalismus, dieses ganze Theater mit Poltern und auf den Tisch hauen der sozialdemokratischen Führer, all das hilft immer weniger. Denn zu scharf ist die Sprache der Tatsachen, denn zu hart sausen Schlag auf Schlag auf den Magen, ja auf den Kopf der Arbeiter! Der Faschismus, den die Sozialdemokratie mit dem Maul tausendmal besiegt, wird bei diesem «Sieg» immer stärker. Immer mehr bohrt die Wahrheit in den Köpfen der Arbeiter, daß die Sozialdemokratie dem Faschismus den Weg ebnet.

Und so beginnen die Arbeiter endlich, endlich das zu tun, was allein hilft: sie beginnen sich auf sich selbst zu besinnen, sie beginnen zu erwachen aus dem Schlaf, in den die sozialdemokratischen Lakaien sie gelullt. Diese sozialdemokratischen Lakaien, die im und seit dem Umsturz alles, was sie tun und taten, taten und tun, um den revolutionären Kampfwillen der Massen zu zersetzen durch reformistisches Gift, verabreicht in süßlichen Tabletten.

Seht nach Donawitz! Und vor allem seht nach Donawitz! Die bis aufs Blut gepöbelten Alpinesklaven, die Gedrücktesten der Gedrückten in Oesterreich, sie beginnen sich zu besinnen, sie selbst beginnen sich zu wehren. Ein Donnererschall von Donawitz über Oesterreich, der Kampf der Alpinesklaven: Arbeiter, Arbeiterfrauen! Nichts hilft, wenn ihr nicht selbst euch helft! Auch jene in Donawitz, die zur Heimwehr gingen, um den Arbeitsplatz, um, wie sie glaubten, ein Stück Brot für sich und die ihren zu retten, auch sie sind jetzt aufs Pfaster geflogen, auch sie erkennen nun den grausamen Betrug, den furchtbaren Irrtum und suchen den Weg zurück. Kein Ducken hilft. Nur

Die Wiedergeburt des revolutionären Tatwillens der Massen in Oesterreich hat begonnen: Die Arbeiter beginnen zu erwachen!

Die Wiedergeburt der proletarisch-revolutionären Kampfpartei ist jetzt die wichtigste Losung: Die Kommunisten

müssen erwachen, auf daß die erwachten Massen den Führer finden, den sie suchen, brauchen: die Kommunistische Partei, die, aus den Fehlern der Vergangenheit lernend, sich von all diesen Fehlern befreit, die erste Kommunistische Partei!

Avantgarde dieser Bewegung zu werden und innerhalb der nationalen Bewegung die soziale Bewegung hervorzuheben und zu steigern.

### Taktik der Einheitsfront.

Aus all dem ergibt sich die Notwendigkeit der Taktik der Einheitsfront. Die Losung des 3. Kongresses «Zu den Massen!» hat jetzt mehr denn je Gültigkeit. Erst jetzt beginnt der Kampf um die Bildung der proletarischen Einheitsfront in einer größeren Zahl von Ländern. Erst jetzt beginnt man auch die Schwierigkeiten der Taktik der Einheitsfront zu überwinden. Als bestes Beispiel kann Frankreich dienen, wo der Gang der Ereignisse auch diejenigen, die noch vor kurzem prinzipielle Gegner dieser Taktik waren, von der Notwendigkeit der Anwendung dieser Taktik überzeugte. Die Komintern fordert, daß alle kommunistischen Parteien und Gruppen die Taktik der Einheitsfront auf das strengste durchführen, weil sie allein in der gegenwärtigen Periode der Komintern den sicheren Weg zur Eroberung der Mehrheit der Werktätigen weist.

Die Reformisten brauchen jetzt die Spaltung, die Kommunisten sind an der Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus interessiert.

Die Taktik der Einheitsfront bedeutet das Vorangehen der kommunistischen Avantgarde in den täglichen Kämpfen der breiten Arbeitermassen um ihre notwendigsten Lebensinteressen. In diesem Kampfe sind die Kommunisten sogar bereit, mit den verärrerischen Führern der Sozialdemokratie und der Amsterdamer zu unterhandeln. Die Versuche der 2. Internationale, die Einheitsfront als organisatorische Verschmelzung aller «Arbeiterparteien» hinzustellen, sind selbstverständlich auf das entschiedenste zurückzuweisen. Die Versuche der 2. Internationale, unter dem Deckmantel der Einheitsfront die weiter linksstehenden Arbeiterorganisationen aufzusaugen (Vereinigung der SP und USP in Deutschland) bedeuten in der Tat nichts anderes, als die Möglichkeit für die sozialdemokratischen Führer, neue Teile der Arbeitermassen an die Bourgeoisie auszuliefern.

Die Existenz selbständiger kommunistischer Parteien und deren vollständige Aktionsfreiheit gegen die Bourgeoisie und gegen die konterrevolutionäre Sozialdemokratie ist die wichtigste historische Erungenschaft des Proletariats, auf die die Kommunisten unter keinen Umständen verzichten werden. Die kommunistischen Parteien allein verteidigen die Interessen des gesamten Proletariats.

Die Taktik der Einheitsfront bedeutet auch keinesfalls sogenannte «Wahlkombinationen» der Spitzen, die diese oder jene parlamentarischen Zwecke verfolgen. Die Taktik der Einheitsfront ist das Angebot des gemeinsamen Kampfes der Kommunisten mit allen Arbeitern die anderen Parteien oder Gruppen angehören, und mit allen parteilosen Arbeitern zwecks Verteidigung der elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Jeder Kampf um die kleinste Tagesforderung bildet eine Quelle revolutionärer Schulung, denn die Erfahrungen des Kampfes werden die Werktätigen von der Unvermeidlichkeit der Revolution und der Bedeutung des Kommunismus überzeugen.

Eine besonders wichtige Aufgabe bei der Durchführung der Einheitsfront ist die Erreichung nicht nur agitatorischer, sondern auch organisatorischer Resultate. Keine einzige Gelegenheit darf verpaßt werden, um in der Arbeitermasse selbst organisatorische Stützpunkte (Betriebsräte, Kontrollkommissionen aus Arbeitern aller Parteien und Parteilosen, Aktionskomites usw.) zu schaffen.

Das Wichtigste in der Taktik der Einheitsfront ist und bleibt die agitatorische Zusammenfassung der Arbeitermassen. Der wirkliche Erfolg der Einheitsfronttaktik erwächst von unten, aus den Tiefen der Arbeitermassen selbst. Die Kommunisten können dabei aber nicht darauf verzichten, unter gewissen Umständen auch mit den Spitzen der gegnerischen Arbeiterparteien zu unterhandeln. Ueber den Gang dieser Unterhandlungen müssen die Massen jedoch dauernd und vollkom-

## Proletarische Einheitsfront!

Aus den Thesen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale über die Taktik der Komintern, beschlossen 5. November bis 5. Dezember 1922, unter Mitwirkung Lenins und Trotzki's. Die im Text durch Fettdruck gemachten Hervorhebungen stammen von uns.

### Die Aufgaben der Eroberung der Mehrheit

Unter diesen Umständen bleibt die grundlegende Anweisung des 3. Weltkongresses, «einen kommunistischen Einfluß unter der Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen und den entscheidenden Teil dieser Klasse in den Kampf zu führen», voll bestehen.

Noch mehr als zur Zeit des dritten Kongresses hat heute die Auffassung Gültigkeit, daß bei dem jetzigen labilen Gleichgewicht der bürgerlichen Gesellschaft ganz plötzlich die schärfste Krise ausgelöst werden kann infolge eines großen Streiks, eines Kolonialaufstandes, eines

neuen Krieges oder selbst einer Parlamentskrise. Aber gerade deshalb gewinnt der «subjektive» Faktor ungeheure Bedeutung, das heißt der Grad des Selbstbewußtseins, des Kampfeswillens und der Organisation der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde.

Die Mehrheit der Arbeiterklasse Amerikas und Europas zu gewinnen — das ist nach wie vor die Kardinalaufgabe der Komintern.

In den kolonialen und halbkolonialen Ländern hat die Komintern zweierlei Aufgaben: 1. einen Kern von kommunistischen Parteien zu schaffen, die die Gesamtinteressen des Proletariats vertreten, und 2. mit allen Kräften die nationalrevolutionäre Bewegung zu unterstützen, die sich gegen den Imperialismus richtet, zur

## Kampf dem Hunger!

### Arbeiter, Arbeitslose, Bauern, Werktätige von Steiermark!

Der Angriff der Bourgeoisie verschärft sich. Hunger, Not und Elend sind ständiger Gast der Arbeiter und Bauern. Alle Lasten der Krise werden auf die Werktätigen abgewälzt. Die Rothschild-Sanierung, die Milliardeneschenke an die in- und ausländischen Kapitalisten werden rücksichtslos durch Aussteuerungen, Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung, Lohnabbau und Exekutionen bei den Klein- und Mittelbauern hereingebracht.

Die Regierung, das Parlament, die Parteien — Christlichsoziale, Heimwehr, Nazis und sozialistische Führer — scheuen vor keinem Mittel zurück, um den faulenden, korrupten Kapitalismus zu retten.

Die Wahlen sind vorüber. Ihre Versprechungen vergessen. Die Werktätigen werden weiter ausgeplündert.

Die Industrielle Bezirkskommission Graz wird nach ihren eigenen Angaben im Juni 25.000 Arbeitslose aussteuern. Die Arbeitslosenunterstützung neuerdings kürzen. Die Exekutionen bei den Bauern gehen weiter. Das heißt noch größere Verelendung der werktätigen Massen.

Arbeiter, Arbeitslose, Bauern, Werktätige!

Die Konferenz der kommunistischen Gemeinderäte Steiermarks, die am 7. und 8. Mai in Bruck an der Mur tagte, hat sich mit der Lage eingehend befaßt und beschlossen, die Politik des schärfsten Kampfes gegen die Verelendung der Werktätigen zu führen. Sie stellt sich zur Aufgabe, die Arbeiter in den Betrieben,

auf den Stempelstellen sowie die Bauern zu mobilisieren zum Kampf gegen dieses Hungersystem. Sie ruft alle Werktätigen, ganz gleich, welcher Parteizugehörigkeit, auf,

am 23. Juni den Hungermarsch aller Ausbeuteten Steiermarks nach Graz zu organisieren.

Gegen die Hungerpolitik der Regierung und des Parlament!

Gegen die Rothschilds des In- und Auslandes!

Gegen die imperialistischen Kriegshetzer und ihre Trabanten, die Zweite Internationale!

Gegen Lohnabbau, Aussteuerung, Betriebsstilllegungen!

Gegen den Faschismus! Gegen die Sozialdemokratie, weil sie dem Faschismus den Boden ebnet, weil sie den Kapitalismus stützt!

Für die Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion!

Für die Aufhebung der Bundeshaftung der Credit-Anstalt!

Für Arbeit, Brot und Freiheit!

Die Konferenz der kommunistischen Gemeinderäte Steiermarks.

Wir unterstützen den Aufruf der kommunistischen Gemeinderäte Steiermarks. Die darin enthaltene Losung «Gegen den Sozialfaschismus!» haben wir im Interesse der Aktion weggelassen.

Erstens, weil die Losung «Gegen den Faschismus und Sozialfaschismus» Sozialdemokratie und Faschismus gleichstellt, die wichtigen Gegensätze zwischen ihnen verwischt, dadurch so viele sozialdemokratische Arbeiter abhält, sich der Aktion anzuschließen und so letzten Endes der Sozialdemokratie nützt und damit der Bourgeoisie.

Zweitens, weil die Losung «Gegen Faschismus und Sozialfaschismus!» den Weg versperrt zu der Mobilisierung der großen Massen. Es kommt jetzt nicht darauf an, überhaupt zu mobilisieren, kleine Teile zu mobilisieren, sondern jetzt, da die Entscheidung unmittelbar naht, kommt es darauf an, wirklich die Millionenmassen zu mobilisieren. Da der Großteil der Arbeiter noch immer hinter der Sozialdemokratie steht, ist das jetzt nicht anders möglich, als durch Lenins kombinierte Taktik von oben und unten, also durch eine Taktik, die zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront nicht fürchtet Verhandlungen mit den sozialdemokratischen Spitzen. Diese Taktik schließt die Taktik der Einheitsfront «von unten» nicht aus, im Gegenteil: die Taktik der Einheitsfront von unten ist Grundvoraussetzung des Erfolges der kombinierten Einheitsfronttaktik. Nur wenn sie ständig durch die Taktik der Einheitsfront von unten begleitet wird, nur auf dieser Grundlage ist die kombinierte Einheitsfronttaktik erfolgreich.

Wir begrüßen die Initiative zum Hungermarsch nach Graz. Aber sie würde sich ganz anders, sie würde sich zehnmal, hundertmal, tausendmal stärker auswirken, sie würde breit und tief in die Massen greifen, sie würde wirklich gewaltige Massen mobilisieren, wenn sie als bewegendes Rad wirkte in der Kette der kombinierten Einheitsfronttaktik!

unterrichtet sein. Die Selbständigkeit der Agitation der Kommunistischen Partei darf auch während der Verhandlungen mit den Spitzen keinesfalls eingeschränkt werden.

Es versteht sich von selbst, daß je nach den konkreten Bedingungen die Taktik der Einheitsfront in den verschiedenen Ländern in verschiedener Form anzuwenden ist. Aber dort, wo in den wichtigsten kapitalistischen Ländern die objektiven Verhältnisse für die sozialistische Umwälzung reif sind und wo — von konterrevolutionären Führern geleitet — die sozialdemokratischen Parteien bewußt auf die Spaltung der Arbeiterschaft hinarbeiten, wird die Taktik der Einheitsfront für eine neue Epoche maßgebend sein.

Die Arbeiterregierung.

Als allgemeine propagandistische Parole ist die Arbeiterregierung (eventuell Arbeiter- und Bauernregierung) fast überall zu gebrauchen. Als aktuelle politische Lösung aber hat die Arbeiterregierung die größte Bedeutung in denjenigen Ländern, wo die Lage der bürgerlichen Gesellschaft besonders unsicher ist, wo das Kräfteverhältnis zwischen den Arbeiterparteien und der Bourgeoisie die Entscheidung der Regierungsfrage als praktischer Notwendigkeit auf die Tagesordnung setzt. In diesen Ländern ergibt sich die Lösung der Arbeiterregierung als unvermeidliche Schlußfolgerung aus der ganzen Taktik der Einheitsfront.

Die Parteien der 2. Internationale versuchen, in diesen Ländern die Lage dadurch zu «retten», daß sie eine Koalition der Bürgerlichen und der Sozialdemokraten propagieren und «wirklichen». Die neuesten Versuche einiger Parteien der 2. Internationale (zum Beispiel in Deutschland), eine offene Teilnahme an einer solchen Koalitionsregierung abzulehnen und sie gleichzeitig in versteckter Form durchzuführen, bedeuten nichts anderes, als ein Beschwichtigungsmanöver gegenüber den protestierenden Massen, als einen raffinierten Betrug an den Arbeitermassen. Einer offenen oder maskierten bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition stellen die Kommunisten die **Einheitsfront aller Arbeiter und eine Koalition aller Arbeiterparteien** auf ökonomischem und politischem Gebiete zum Kampfe gegen die bürgerliche Macht und zu ihrem schließlichen Sturz gegenüber. Im verletzten Kampfe aller Arbeiter gegen die Bourgeoisie soll der ganze Staatsapparat in die Hände der Arbeiterregierung gelangen und dadurch sollen die Machtpositionen der Arbeiterklasse gestärkt werden.

Die elementarsten Aufgaben einer Arbeiterregierung müssen darin bestehen, das Proletariat zu bewaffnen, die bürgerlichen konterrevolutionären Organisationen zu entwerfen, die Kontrolle der Produktion einzuführen, die Hauptlast der Steuern auf die Schultern der Reichen abzuwälzen und den Widerstand der konterrevolutionären Bourgeoisie zu brechen.

Eine solche Arbeiterregierung ist nur möglich, wenn sie aus dem Kampfe der Massen selbst geboren wird, sich auf kämpffähige Arbeiterorgane stützt, die von den untersten Schichten der unterdrückten Arbeitermassen geschaffen werden. Auch eine Arbeiterregierung, die einer parlamentarischen Konstellation entspringt, also rein parlamentarischen Ursprungs ist, kann den Anlaß zu einer Belebung der revolutionären Arbeiterbewegung geben. Es ist selbstverständlich, daß die Geburt einer wirklichen Arbeiterregierung und die weitere Aufrechterhaltung einer Regierung, die revolutionäre Politik betreibt, zum erbittertesten Kampfe, eventuell zum Bürgerkrieg, mit der Bourgeoisie führen muß. Schon der Versuch des Proletariats, eine solche Arbeiterregierung zu bilden, wird von vornherein auf den schärfsten Widerstand der Bourgeoisie stoßen. Die Lösung der Arbeiterregierung ist daher geeignet, das Proletariat zusammenzuschließen und revolutionäre Kämpfe auszulösen.

Die Kommunisten müssen sich unter Umständen bereit erklären, zusammen mit den nichtkommunistischen Arbeiterparteien und Arbeiterorganisationen eine Arbeiterregierung zu bilden. Sie können das aber nur dann tun, wenn Garantien vorhanden sind, daß die Arbeiterregierung wirklich einen Kampf gegen

LEO TROTZKI:

Die Zickzacks der Stalinisten in der Einheitsfrontfrage\*)

Die ehemalige Sozialdemokratin Torhorst in Düsseldorf, die zur Kommunistischen Partei übergetreten ist, sagte in einem offiziellen Referat im Namen der Partei Mitte Jänner in Frankfurt: «Die SPD-Führer sind genügend entlarvt und es ist Energieverschwendung, in dieser Richtung mit der Einheit von oben zu manövrieren». Wir zitieren nach einer Frankfurter kommunistischen Zeitung, die sich über das Referat höchst lobend ausspricht: «Die SPD-Führer sind genügend entlarvt» — genügend — für die Referentin, die von der Sozialdemokratie zum Kommunismus übergegangen ist (was ihr natürlich Ehre macht), aber ungenügend für jene Millionen Arbeiter, die für die Sozialdemokratie stimmen und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie über sich dulden.

Doch unnütz, sich auf ein einzelnes Referat zu berufen. Im letzten mir zugekommenen Aufruf der «Roten Fahne» (28. Jänner) wird neuerdings der Nachweis versucht, daß die Schaffung der Einheitsfront nur gegen die sozialdemokratischen Führer und ohne sie zulässig sei; der Grund: «Niemand wird ihnen Glauben schenken, der die Taten dieser „Führer“ in den letzten 18 Jahren erlebt und geprüft hat.» Und was, fragen wir, mit jenen, die weniger als 18 Jahre und sogar weniger als 18 Monate an der Politik teilnehmen? Seit Kriegsausbruch sind einige politische Generationen aufgewachsen, die die Erfahrung der alten Generationen durchmachen müssen, wenn auch in äußerst verkürztem Maßstab. «Es geht gerade darum», belehrt Lenin die Ultralinken, «das für uns Ueberlebte nicht als für die Klasse überlebt, als überlebt für die Massen zu nehmen.»

Aber auch die ältere sozialdemokratische Generation, die die Schaffung der Einheitsfront durchgemacht, hat noch gar nicht mit den Führern gebrochen. Im Gegenteil, bei der Sozialdemokratie verharrten gerade viele «Alte», die durch lange Traditionen mit der Partei verbunden sind. Selbstverständlich ist es betrüblich, daß die Massen so langsam lernen. Doch tragen daran ein gut Teil Schuld die kommunistischen «Pädagogen», die nicht verstanden haben, das verbrecherische Wesen des Reformismus anschaulich

\*) Aus Trotzki's Broschüre «Was nun?» zu beziehen durch den Verlag «Arbeiter-Stimme». Preis S 1.50.

das Bürgertum im oben angegebenen Sinne führen wird. Dabei bestehen die selbstverständlichen Bedingungen der Teilnahme der Kommunisten an einer solchen Regierung darin, daß

1. die Teilnahme an einer Arbeiterregierung nur mit Zustimmung der Komintern erfolgen kann;
  2. die kommunistischen Teilnehmer an einer solchen Regierung unter der strengsten Kontrolle ihrer Partei stehen;
  3. die betreffenden kommunistischen Teilnehmer an dieser Arbeiterregierung in engster Fühlung mit den revolutionären Organisationen der Massen stehen;
  4. die Kommunistische Partei ihr eigenes Gesicht und die volle Selbständigkeit ihrer Agitation unbedingt behält.
- Bei allen großen Vorteilen hat die Arbeiterregierungsparole auch ihre Gefahren, ebenso wie die gesamte Taktik der Einheitsfront Gefahren in sich birgt. Um diesen Gefahren vorzubeugen, müssen die kommunistischen Parteien folgendes ins Auge fassen: jede bürgerliche Regierung ist zugleich eine kapitalistische Regierung. Aber nicht jede Arbeiterregierung ist eine wirklich proletarische, d. h. ein revolutionäres Machtinstrument des Proletariats. Die Kommunistische Internationale muß folgende Möglichkeiten berücksichtigen:

1. Liberale Arbeiterregierung: Eine solche gab es in Australien, eine solche wird auch in absehbarer Zeit in England möglich sein;
2. sozialdemokratische Arbeiterregierung (Deutschland);
3. Regierung der Arbeiter und Bauern

darzulegen. Es heißt wenigstens die neue Lage zu nutzen, wo die Aufmerksamkeit der Massen aufs äußerste gespannt ist, um, die Reformisten einer neuen, vielleicht diesmal wirklich entscheidenden Prüfung zu unterziehen.

Ohne um ein Haar unsere Meinung über die sozialdemokratischen Führer zu verbergen oder zu mildern, können und müssen wir den sozialdemokratischen Arbeitern sagen: da Ihr einerseits bereit seid, gemeinschaftlich mit uns zu kämpfen, andererseits noch immer nicht mit Euren Führern brechen wollt, schlagen wir Euch vor: «Zwingt sie, in Gemeinschaft mit uns für diese und diese praktischen Aufgaben mit diesen und diesen Mitteln den Kampf zu beginnen; was uns Kommunisten anlangt, wir sind bereit.» Was kann es Einfacheres, Klareres, Ueberzeugenderes geben?

Gerade in diesem Sinne schrieb ich — mit der bewußten Absicht, ehrliches Entsetzen oder gespielte Empörung der Dummköpfe und Scharlatane hervorzuufen, daß wir im Kampf mit dem Faschismus bereit seien, ein praktisches Kampfkommen mit dem Teufel, seiner Großmutter und sogar mit Noske und Zörgiebel abzuschließen.»

Ihren unbedingten Standpunkt stößt die offizielle Partei selber auf Schritt und Tritt um. In den Aufrufen zur «Roten Einheitsfront» (mit sich selbst) erhebt sie beständig die Forderung: «Uneingeschränkte proletarische Demonstrations-, Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit.» Das ist eine vollkommen richtige Lösung. Aber insofern die Partei von proletarischen und nicht bloß von kommunistischen Zeitungen, Versammlungen usw. spricht, erhebt sie faktisch die Lösung der Einheitsfront mit der gleichen Sozialdemokratie, die Arbeiterzeitungen herausgibt, Versammlungen abhält usw. Politische Lösungen aufstellen, die an sich die Idee der Einheitsfront mit der Sozialdemokratie be-

\*) In der französischen Zeitschrift «Cahiers du Bolchevisme», der dümmsten und unwissenschaftlichsten aller stalinischen Publikationen, hat man sich mit Gier der Erwähnung von der Teufels Großmutter bemächtigt, ohne selbstverständlich zu ahnen, daß sie in der marxistischen Presse auf eine sehr große Geschichte zurückblickt. Die Stunde ist, hoffen wir, nicht fern, da die revolutionären Arbeiter ihre unwissenden und skrupellosen Schulmeister zur besagten Großmutter in Lehre schicken werden!

inhalten, und praktische Abmachungen für den Kampf um diese Lösungen zurückweisen — das ist der Gipfel der Sinnlosigkeit!

Münzenberg, in dem die Generallinie mit dem gesunden Verstand des Geschäftsmannes ringt, schrieb im Jänner («Der Rote Aufbau»): «Richtig ist, daß der Nationalsozialismus der reaktionärste, chauvinistischste und brutalste Flügel der faschistischen Bewegung in Deutschland ist, und daß alle wirklich linksgerichteten (!) Kreise das größte Interesse daran haben, zu verhindern, daß dieser Flügel des deutschen Faschismus an Einfluß und Macht gewinnt.» Ist die Hitler-Partei der reaktionärste, brutalste Flügel, so die Brüning-Regierung zumindest weniger brutal und weniger reaktionär. Münzenberg sticht sich hier an die Theorie des «kleineren Übels» heran. Um den Schein der Pietät zu retten, unterscheidet Münzenberg verschiedene Sorten des Faschismus; leicht, mittel und schwer, als ginge es um türkischen Tabak. Wenn aber alle linksgerichteten Kreise (und welches sind ihre Namen?) am Sieg über den Faschismus interessiert sind, muß man da diese «linksgerichteten Kreise» nicht einer praktischen Prüfung unterziehen?

Steirische Verwaltung der «Arbeiter-Stimme»: Rochelgasse 50. Auskünfte, Entgegennahme von Artikeln erfolgt jeden Dienstag, 7 bis 8 Uhr abends, im Kommunikeller, Eggenberg, Rochelgasse 52.

Ist es nicht klar, daß man nach Breitscheid's diplomatischem und zweideutigem Antrag hätte unverzüglich mit beiden Händen zugreifen müssen, um seinerseits ein konkretes, gut durchgearbeitetes Programm des gemeinschaftlichen Kampfes gegen den Faschismus aufzustellen und eine gemeinsame Sitzung beider Parteileitungen unter Teilnahme der Führung der Freien Gewerkschaften zu fordern? Gleichzeitig hätte man dieses Programm energisch nach unten tragen müssen, in alle Stockwerke der beiden Parteien und in die Massen. Die Verhandlungen hätten vor den Augen des ganzen Volkes geführt werden müssen; die Zeitungen über sie hätten Bericht erstatten ohne Uebertreibungen und ohne alberne Erfindungen. Auf die Arbeiter würde eine solche sachliche, ins Schwarze treffende Agitation unermeßlich stärker wirken als das ununterbrochene Gezeret vom «Sozialfaschismus». Bei einer derartigen Sachlage könnte sich die Sozialdemokratie nicht einen Tag hinter der Pappdekoration der «Eisernen Front» verstecken.

Leset die «Kinderkrankheiten des Radikalismus»: das ist jetzt das zeitgemäßeste Buch! Gerade in bezug auf eine solche Situation wie die heutige in Deutschland sprach Lenin — wir zitieren wörtlich —

Bauern. Eine solche Möglichkeit besteht auf dem Balkan, in der Tschechoslowakei, Polen usw.

4. Arbeiterregierung mit Teilnahme der Kommunisten.

5. Wirkliche proletarische Arbeiterregierung, die in reiner Form nur durch die Kommunistische Partei verkörpert werden kann.

Die ersten beiden Typen sind keine revolutionären Arbeiterregierungen, sondern in Wirklichkeit verkappte Koalitionsregierungen zwischen Bourgeoisie und antirevolutionären Arbeiterführern. Solche «Arbeiterregierungen» werden in kritischen Zeiten von der geschwächten Bourgeoisie geduldet, um das Proletariat über den wahren Klassencharakter des Staates zu täuschen oder sogar mit Hilfe der korruptierten Arbeiterführer den revolutionären Ansturm des Proletariats abzuwehren und Zeit zu gewinnen. Die Kommunisten können sich an einer solchen Regierung nicht beteiligen. Sie müssen im Gegenteil den wahren Charakter dieser «falschen» Arbeiterregierung unerbittlich vor den Massen entlarven. In der gegebenen Niedergangsperiode des Kapitalismus, wo die wichtigste Aufgabe darin besteht, die Mehrheit des Proletariats für die proletarische Revolution zu gewinnen, können aber auch diese Regierungen objektiv dazu beitragen, den Zersetzungsprozeß der bürgerlichen Gewalt zu beschleunigen.

Die Kommunisten sind bereit, auch mit jenen Arbeitern zu marschieren, die die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats noch nicht erkannt haben, mit

sozialdemokratischen, christlichsozialen, parteilosen, syndikalistischen usw. Die Kommunisten sind also auch bereit, unter gewissen Garantien eine nichtkommunistische Arbeiterregierung zu unterstützen. Die Kommunisten erklären aber der Arbeiterschaft unter allen Umständen offen, daß nur die Diktatur des Proletariats der Arbeiterklasse die wirkliche Befreiung sichert.

Die zwei weiteren Typen der Arbeiterregierung (Ziffer 3 und 4), an denen die Kommunisten teilnehmen können, bedeutet noch nicht die Diktatur des Proletariats, sie sind nicht einmal eine geschichtlich unvermeidliche Uebergangsform der Diktatur, aber sie können dort, wo sie zustande gekommen, einen Ausgangspunkt\*) zur Erkaufung dieser Diktatur bilden. Die vollendete Diktatur des Proletariats ist nur diejenige wirkliche Arbeiterregierung (Ziffer 5), die aus Kommunisten besteht.

\*) Es versteht sich, daß all dies gar nichts zu tun hat mit der «demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern», die Stalins Theorie fälschlich als Etappe zwischen kapitalistischer und proletarischer Diktatur hinstellt. In der Tat hat Stalins Praxis in China (Block der vier Klassen, nämlich der Bourgeoisie, Bauern, Kleinbürger, Arbeiter; dieser Vierklassenblock Stalins verwirklicht durch die Kuomintang, in welche die KP Chinas von Stalin eingepfercht wird, als «linker Flügel» der organisatorischen Selbständigkeit, der selbständigen Aktionsfähigkeit beraubt) diese «Etappe» als den sichersten Weg erwiesen, die proletarische Revolution zu ruinieren. Was den «unfehlbaren» Meister Stalin nicht hindert, diese seine Theorie samt Praxis in Indien fortzusetzen.

von der unbedingten Notwendigkeit für die Avantgarde des Proletariats, für seinen bewußten Teil, für die Kommunistische Partei zum Lavieren und Paktieren, zu Kompromissen mit verschiedenen Gruppen von Proletariern, mit verschiedenen Parteien der Arbeiter und der kleinen Besitzer... Es handelt sich nur darum, zu verstehen, diese Taktik zum Zweck der Hebung und nicht der Senkung des allgemeinen Niveaus des proletarischen Bewußtseins, revolutionären Geistes, der Fähigkeit zu Kampf und Sieg anzuwenden.»

Wie aber handelt die Kommunistische Partei? In ihren Zeitungen wiederholt sie tagaus tagen, sie könne nur eine «Einheitsfront annehmen, die gegen Brüning, Severing, Leipart, Hitler und ihresgleichen gerichtet sein muß? Angesichts des proletarischen Aufstandes wird, dagegen läßt sich nichts einwenden, zwischen Brüning, Severing, Leipart und Hitler kein Unterschied bestehen. Gegen den Oktoberaufstand der Bolschewiki haben sich die Sozialrevolutionäre und Menschewiki mit den Kadetten und Kornliowanern vereinigt, Kerenski führte die Schwarzhundert-Kosaken General Krasnow gegen die Hauptstadt, die Menschewiki unterstützten Kerenski und Krasnow, die Sozialrevolutionäre organisierten Junker-Aufstände unter Führung monarchistischer Offiziere.

Dies bedeutet aber durchaus nicht, daß Brüning, Severing, Leipart und Hitler immer und unter allen Umständen zum gleichen Lager gehören. Augenblicklich gehen ihre Interessen auseinander. Für die Sozialdemokratie steht im gegebenen Moment nicht so sehr die Frage, die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft vor der proletarischen Revolution zu schützen, als das halbparlamentarisch-bürgerliche System vor dem Faschismus zu schützen. Auf die Ausnützung dieses Widerstreits verzichten, wäre die ungeheuerlichste Dummheit.

«Krieg führen zum Sturze der internationalen Bourgeoisie...» schrieb Lenin in seinen «Kinderkrankheiten», und dabei im Voraus auf das Lavieren, auf (wenn auch nur zeitweilige) Ausnutzung der Interessen der Bourgeoisie hin. Paktieren auf Paktieren und Kompromisse mit möglichen (wenn auch nur zeitweiligen, unbeständigen, schwankenden, bedingten) Verbündeten verzichten — ist das nicht grenzenlos lächerlich? Wir zitieren wiederum wörtlich: die von uns unterstrichenen Worte in Klammern stammen von Lenin.

Und weiter: «Einen mächtigen Feind besiegen kann man nur bei größter Kräfteanspannung und bei unbedingter, sorgfältigster, sorgsamster, vorsichtigster Ausnutzung jedes, selbst noch so kleinen «Spalts» zwischen den Feinden». Was machen indes die von Manuilski geführten Thälmann und Remmele? Den Spalt zwischen Sozialdemokratie und Faschismus — und was für einen Spalt! — sind sie aus allen Kräften mit der Theorie des Sozialfaschismus und Praxis der Einheitsfrontsabotage zu zementieren bemüht.

Lenin forderte Ausnutzung jeder «Möglichkeit, sich einen Massenverbündeten zu erwerben, wenn auch nur einen zeitweiligen, schwankenden, unbeständigen, unzuverlässigen, bedingten.» «Wer das nicht begriffen hat — sagt er —, der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom modernen, wissenschaftlichen Sozialismus überhaupt begriffen». Hört, Ihr Propheten der neuen, stalinischen Schule: hier ist klipp und klar gesagt, daß Ihr nicht einen Deut vom Marxismus verstanden habt. Das hat Lenin von Euch gesagt: quittiert nur den Empfang!

Aber ohne Sieg über die Sozialdemokratie, wenden die Stalinisten ein, kann es keinen Sieg über die Faschisten geben. Ist das richtig? In gewissem Sinne ist es richtig. Doch ist auch der entgegengesetzte Lehrsatz richtig: ohne Sieg über die italienischen Faschisten ist der Sieg über die italienische Sozialdemokratie unmöglich. Faschismus wie Sozialdemokratie sind Werkzeuge der Bourgeoisie. Solange das Kapital herrscht, werden Sozialdemokratie und Faschismus in verschiedenen Kombi-

nationen bestehen. Alle Fragen reduzieren sich somit auf einen Nenner: das Proletariat muß das bürgerliche Regime stürzen.

Doch gerade jetzt, da dieses Regime in Deutschland im Wanken ist, tritt der Faschismus zu dessen Verteidigung hervor. Um diese Verteidiger zu stürzen, sagt man uns, muß man zuvor mit der Sozialdemokratie Schluß machen... So führt uns lebensloser Schematismus in einen Zauberkreis. Ein Ausweg ist aus ihm denkbar nur auf dem Boden der Aktion. Der Charakter der Aktion äußert sich nicht im Spiel mit abstrakten Kategorien, sondern im realen Wechselverhältnis der lebendigen historischen Kräfte.

Nein, deklamieren die Beamten, «zuert» liquidieren wir die Sozialdemokratie! Auf welchem Wege? Sehr einfach: durch einen Erlaß an die Parteioorganisationen, in dieser und dieser Frist 100.000 neue Mitglieder anzuwerben. **Nachte Propaganda an Stelle politischen Kampfes**, Kanzleipläne statt dialektischer Strategie. Wenn aber die reale Entwicklung des Klassenkampfes schon heute die Frage des Faschismus vor-

Leo Trotzki:

## Zur politischen Biographie Stalins

Wir bringen hier die Erzählung Schlapnikows («Das Sietzenerjahr», Buch 2, 1925) über den Umsturz, den Stalin und Kamenev, damals durch eine gemeinsame Position verbunden, vollbrachten:

«Der Tag der Ausgabe der ersten Nummer der «reorganisierten» «Prawda» — der 15. März — war ein Jubeltag der Vaterlandsverteidiger. Das ganze Taurische Palais, von den Kaufleuten des Komitees der Staatsduma bis selbst zum Herzen der revolutionären Demokratie — dem Exekutivkomitee — war erfüllt von einer Neugier: vom Siege der einsichtsvollen Bolschewiken über die Extremisten. Im Exekutivkomitee selbst begegnete man uns mit gutem Lächeln. Das war das erste und einzige Mal, daß die «Prawda» den Befehl selbst der Mütter der Vaterlandsverteidiger Liberlandscher Färbung hervorrief. Als diese Nummer der «Prawda» in den Betrieben ein-

traf, rief sie dort völliges Erstaunen unter den Mitgliedern unserer Partei und den mit uns Sympathisierenden, sowie höhnische Befriedigung bei unseren Gegnern hervor. Im Petersburger Komitee, im Bureau des Z. K., und in der Redaktion der «Prawda» trafen Anfragen ein: — Was ist los, warum gibt unsere Zeitung die bolschewistische Linie auf und begibt sich auf den Weg der Vaterlandsverteidiger? Aber das Petersburger Komitee war — wie die ganze Organisation — übermüdet von dieser plötzlichen Wendung und empörte sich sehr deswegen und beschuldigte das Bureau des Z. K. Die Enttäuschung in den Rayons war ungeheuer, und als die Proleten erfuhren, daß die drei aus Sibirien eingetroffenen früheren Leiter der «Prawda» diese an sich gemessen hatten, so forderten sie deren Ausschluss aus der Partei. (Der Dritte — der frühere Deputierte Muranow.) (Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt)

## AUS DER PARTEI

### Stalinbürokratie in der Enge

Die oppositionelle Stimmung unter der Mitgliedschaft verbreitert sich, wenn auch zunächst in unzulänglicher, vielfach noch sehr verschrobener Form. Doch immer deutlicher wendet diese Stimmung ihre Spitze gegen die Niederlagenstrategen Koplenig und Co. Das ist die beherrschende Auffassung bei den ehrlichen Parteimitgliedern: Die grenzenlos unfähige Sippschaft an der Spitze der Partei muß weg! Die meisten halten freilich die Stalinsche «Generallinie» noch immer für richtig und nur deren österreichische Anwendung für schlecht. Indes ist schon diese erste Etappe, über die die Ereignisse mit Unterstützung der Linksoption dem kritischen Suchen der Mitglieder vorwärts helfen werden, ein Fortschritt, gegen den sich die Koplenig und Co. desto wilder wehren, je mehr sie ihr baldiges Ende herannahen fühlen.

Das, was die Linksoption vorausgesehen hat, ist eingetreten. Die stalinische Politik muß unvermeidlich zu schweren Niederlagen führen und große Teile der Arbeiterschaft von den kommunistischen Parteien abstoßen. Die Wahlen in Deutschland, Oesterreich, Frankreich haben das grell sichtbar gemacht. Immer deutlicher zeigt die sich zur Entscheidung spitzende Lage in Deutschland und im fernen Osten, daß die Stalinpolitik in immer krasserem Widerspruch kommt mit den Kampfnotwendigkeiten, ja mit den Lebensinteressen des Proletariats. Am sinnfälligsten tritt das zutage in der Frage der proletarischen Einheitsfront.

Die Stalinbürokratie sucht ihre Position weiter zu behaupten, indem sie die aufsteigende Oppositionswelle niederzukämpfen sucht durch eine wütend vorgetriebene Kampagne gegen uns, die alles bisherige übertrifft. Das geht nun schon seit Wochen so.

Die erste Etappe bildeten Zellenkonferenzen, die sich stundenlang mit nichts anderem befassen als mit wütender persönlicher Hetze gegen Genossen Frey, um

der Parteimitglieder von der Prüfung unserer politischen Kritik und Vorschläge abzuhalten. Hand in Hand damit geht eine Hetze gegen die Linksoption überhaupt und gegen den Genossen Trotzki insbesondere. Die Kreis Konferenzen der letzten Zeit, die letzte Parteiarbeiterkonferenz in Wien, sie alle waren vor allem auf diese Hetze zugespitzt.

Gleichzeitig damit wurden und werden unter allen möglichen Formen Beobachter, Kundschafter, Zersetzungsorgane in unsere Reihen geschickt. Sie kommen natürlich als «überzeugte Linksoptionelle». Da hat vor kurzem zum Beispiel Soutschek aus dem 16. Bezirk so sein Glück versucht. Diese Stalinagenten wollen ausforschen, welche Parteimitglieder mit der Linksoption zusammenarbeiten, von wem wir die Adressen der Parteimitglieder erfahren, die uns instand setzen, jene planmäßige, immer mehr in die Breite und Tiefe gehende Gesundheitsarbeit innerhalb der Parteimitgliedschaft durchzuführen. Nichts macht die Stalinbürokratie so rasend, wie gerade diese unsere Arbeit, denn diese Form unserer Arbeit ist ihrem Zugriff unerschütterbar. Sie möchten gerne hauen und schlagen lassen, sie möchten gerne bestechen, korrumpieren, vergiften, aber all diese so erprobten Mittel versagen gegenüber dieser unserer ausdauernden zähen und klug geführten Maulwurfsarbeit. So liquidieren wir durch unsere hartnäckige, immer weitergreifende Arbeit das Fundament, auf dem die ganze Stalinlumperei ruht, das sie sorgsam geschaffen hat, die Gedankenlosigkeit, die Urteilslosigkeit der Parteigenossen. Denn schon haben die Mitglieder zu prüfen, zu denken, zu urteilen begonnen — bald werden sie handeln und mit der Stalinsippschaft abrechnen. Mögen die Herrschaften weiter ihre Agenten zu uns schicken, sie werden damit kein Glück haben, wenn sie es noch so schlaue beginnen.

In letzter Zeit versuchen die Stalinbeamten es mit einer neuen Methode. Wo oppositionelle Stimmungen auftreten, da wird vom ZK aus initiativ ein Mitglieder-

abend einberufen mit der Tagesordnung «Gegen den Trotzkiismus», oder es wird gar derjenige Artikel der «Arbeiter-Stimme», der die oppositionelle Stimmung ausgelöst oder gesteigert hat, auf die Tagesordnung gestellt. So geschah es auch mit dem Artikel «Zur Lage in der Partei» der letzten Nummer der «Arbeiter-Stimme». Allerhöchst derselbe Reichs-oberbundesgeneralsekretär von und zu Koplenig geruhte in eigener Person als Referent zu kommen, um uns in Grund und Boden zu reiten. Was er zu gackern wußte, war — die Linksoption über nur negative Kritik, gebe keine positiven Lösungen. Wir geben auf jede wichtige Frage nicht nur die Kritik, sondern auch die positive Lösung. Vor allem gibt die Linksoption die vom Standpunkt der Arbeiterklasse, der Sowjetmacht, der proletarischen Revolution gegenwärtig ausschlaggebende positive Lösung der Arbeitereinheitsfront. Diese positive Lösung, der die Stalinbürokratie ausweicht, ja die sie durchkreuzt, der Sozialdemokratie, dem Faschismus das Spiel erleichternd, die kommunistischen Parteien, die kommunistische Sache schwächend.

Mit all dem werden die Stalinherrschaffen kein Glück haben. Wir haben es durch unsere beharrliche Arbeit so weit gebracht, daß heute die «Arbeiter-Stimme», vor allem in Wien, von Hand zu Hand in der Parteimitgliedschaft wandert, eifrig gelesen und diskutiert wird. Die Stalinbürokratie macht uns sehr ungern Reklame, gerade bei den ganz neu zur Partei gekommenen; allein wir haben so tief Wurzel geschlagen und verteilen das Maschinengewehrfeuer unserer Argumente so richtig auf die jedesmal wichtigsten Punkte, daß sie gezwungen ist, um sich zu behaupten, mit aller Macht und allen Mitteln gegen uns ins Feld zu ziehen und — die Mitglieder noch mehr dahin zu bringen, sich mit unseren Ideen zu befassen. Denn die Ereignisse arbeiten für uns!

Die schweren Niederlagen haben eine schwere Depression bei vielen Parteimitgliedern hervorgerufen. Hieran mit verdoppelter Kraft an die ehrlichen Parteimitglieder! Laßt euch durch die Niederlagen nicht niederdrücken, Ihr Genossen in der Partei. Die kommunistische Sache hat schwere Niederlagen erlitten, nicht weil sie schlecht wäre, sondern weil sie schlecht geführt wird, vor allem weil sie international schlecht geführt wird, weil sie nämlich überhaupt nicht international geführt wird, sondern national, das heißt ausgehend von einer nationalen Grundeinstellung, ausgehend vom Ausbau des Sozialismus in einem Lande, ausgehend vom Nationalkommunismus. Nicht an der Sache braucht Ihr zu zweifeln, die Sache ist gut und die Sache wird nicht am bloßen Papier, sondern wirklich vormarschieren, wenn die Grundlinie, auf der sie geführt wird, geändert wird: wenn an Stelle der jetzt geltenden nationalen Grundlinie Stalins tritt Marxens und Lenins internationale Grundlinie! Wir rufen allen ehrlichen Parteigenossen zu: verzagt nicht, sondern helft im Bunde mit der Linksoption diese Gesundung der Partei, der Kommintern, zu erkämpfen! \*)

\*) Wir bringen den Parteimitgliedern neuerlich folgendes zur Kenntnis: Wir arbeiten an der politischen Klärung der Mitgliedschaft, was in sich begriffet, daß wir unsererseits jederzeit bereit sind, auch von den Parteigenossen zu lernen. Die «Arbeiter-Stimme» steht jedem Parteimitglied offen, nicht nur zur Kritik an der Politik der Partei, sondern auch zur Kritik an der Linksoption selbst. Wir veröffentlichen Zuschriften, auch wenn sie sich gegen uns richten, sofern sie getragen sind von der ehrlichen Grundabsicht, der Kommunistischen Partei zu nützen. Selbstverständlich müssen wir den Namen des Verfassers kennen und ebenso selbstverständlich ist, daß wir diesen Namen nicht bekanntgeben. Wir sagen offen, daß uns Kritik aus den Reihen der Parteimitgliedschaft erwünscht ist, weil wir noch genauer als bisher erkennen wollen, was an unserer Auffassung den Genossen unverständlich ist und weil wir so rasch unsere Arbeit noch verbessern können.

Eigentümer: Kommunistische P. H. Oesterreichs (Opposition) — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße Nr. 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Stipschitsch, Wien, XVII., Sautergasse 27. Druck: «Invas», Wien, VI.

### A. K. B. „Spartakus“

Sonntag, 5. Juni: Badeausflug zum Zinkbach. Treffpunkt um ¼10 Uhr, Floridsdorfer Brücke.

Sonntag, 12. Juni: Treffpunkt ¼10 Uhr, Endstation Mauer; 15 Uhr, Wiese hinter Gieß-